

Reformen unseres Nachbarlandes

Die Bodenreform in der Tschechoslowakei

(Von unserem Prager Mitarbeiter.)

× Prag, 23. Januar 1924. Am Jahre 1919 beschloß das selbstgewählte Prager Revolutionsparlament das Bodenreformgesetz. Zweck und Ziel dieses Gesetzes war nicht die durch den Namen betonte Bodenreform, sondern vielmehr systematische tschechische Kolonisation und die Verdrängung gewisser um die Republik verdienten Kreise, wie z. B. die Begonäre. Lange hielt man es nicht für möglich, daß die Bodenenteignungspläne dieser landhungrigen neuen Nachbarn Wirklichkeit werden könnten, zumal man sich in Verhandlungen einließ. Das Bodenamt, das zu diesem Zweck im Oktober 1919 errichtet wurde, ließ vielfach mit sich handeln, die Enteignungen der Industrie wurden ganz zurückgestellt, Enteignungsverfahren wurden abgebrochen, so daß man sich allgemein in dem guten Glauben wiegte, daß die machthabenden Faktoren zu einer besseren Einsicht gelangt seien. Wie enttäuscht man daher, als man sich des nur scheinbaren Zurückweichens bewußt wurde und lediglich eine Veränderung der Enteignungsmethoden Platz griff. Ganz intensiv ging das Bodenamt an die „Eigentumsüberprüfung“. Alle Prozesse selbst vor dem Völkerrund, alle wissenschaftlichen Berechnungen der Industrie und Landwirtschaft blieben erfolglos. Ja, selbst der wiederholte Mahnruf des Präsidenten Masaryk blieb ungehört. 1921 stellte der Präsident der Republik das Verlangen nach einer Reform des Bodengesetzes, die aber bis heute ausblieb. Es sind der Stimmen selbst im tschechischen Lager nicht wenige, die dieses Gesetz als das ungeschickteste bezeichnen, was das Prager Parlament je beschloß, und verhängnisvoll moralisch wie wirtschaftlich wirken muß. Aber die Koalition steht, weil sie Koalition ist, rat- und machtlos den Abänderungsvorschlägen gegenüber. Parlamentarisch unter der gegenwärtigen Zusammensetzung ein diesbezügliches Abänderungsgesetz durchzubringen erscheint in der Tat unmöglich, die Reform des Bodengesetzes ist an die Mitarbeit der Deutschen im Prager Parlamente geknüpft und könnte nur mit Hilfe dieser durchgeführt werden. Solange dieses nicht der Fall, bleibt die Verhängnisvollheit im Staatsrat Masaryks bestehen, läßt nicht nur jede Investitionstätigkeit, sondern verhindert auch den Abverkauf der Teilung von Betrieben, erschwert die hypothekarische Geldbeschaffung, hemmt die Verwaltung und fügt der gesamten Volkswirtschaft des Staates einen riesigen Schaden zu.

Erfreulich groß ist die Zahl der bereits in aller Stille im sogenannten „freiwilligen Abtretungsabkommen“ durchgeführten Bodenenteignungen. Das staatliche Bodenamt hat von Beginn seiner Tätigkeit bis Ende 1921, wie es ein offizielles Blatt darlegt, die vorbereitenden Arbeiten der Enteignungsverfahren zunächst die Konfiskation des der Sperte unterliegenden Bodens durchgeführt, welcher 28,2 Prozent des gesamten Flächeninhaltes der Republik, also 3 068 004 Hektar mit 1700 Eigentümern umfaßt. Von diesen entfielen 603 auf Böhmen, 197 auf Mähren, 68 auf Schlesien, 873 auf die Slowakei und 71 auf Karpaten-Rußland. Von dem beschlagnahmten Boden wurden 141 173 Hektar an 205 182 Familien in höchstens sechsjährige Zahlungsraten gegeben und 6304 Hektar an 82 651 Interessenten zu Langbesitz abgetreten. Außerdem wurden von 128 557 Hektar langfristiges Pachtverhältnis mit 101 119 Hektar für den Verkauf von 179 083 880 Kronen übernommen. Damit wurde die eigentliche Verdrängungsperiode abgeschlossen und mit der Verteilungsaktion begonnen, die am Ende v. J. 183 913 Hektar zugeteilten Boden aufwies, wovon auf Böhmen 80 836, auf Mähren und Schlesien 28 828, auf die Slowakei 48 749, und auf Karpaten-Rußland 17 000 Hektar entfielen. Die Verteilung erfolgte nach williger Enteignung im Eigentum der Bewerber. Von den 116 000 Verteilungen gehören 85 Prozent der Landwirtschaft, 17 Prozent dem Kleinvertrieb, 8 Prozent dem Handel der Großgrundbesitzer und 15 Prozent anderen Berufen an. 418 Hektar im Ausmaß von 34 931 Hektar wurden bis Ende 1922 geschaffen, wovon 85 Prozent im Eigentum und 15 Prozent in Pacht zugeteilt wurden. In 674 „tschechische“ Kolonien in der Slowakei und Karpaten-Rußland wurden 6000 Hektar für 19 Kolonien abgetreten, wozu das offizielle Regierungsgesetz bemerkt, daß in der Kolonisationsaktion fortgeschritten wird. Kolonisationswirtschaftlichen Bodens, wie Waldungen und Teiche, wurden bisher insgesamt 92 350 Hektar zur Aufteilung gebracht. Von Waldkomplexen gingen 73 000 Hektar in die Hände des Staates über. (Ob hier vornehmlich Grenzabweisungen zu verzeichnen sind, spricht der Tatsachenerbericht des Bodenamtes nicht aus, dürfte aber wahrscheinlich als solcher aufzufassen sein.) An der Bodenreform waren bisher 543 803 Interessenten mit 824 878 Hektar Boden beteiligt.

Was die Rückgabe angunsten der Angestellten des enteigneten Großgrundbesitzes betrifft, so ist diese eine vielschichtige. Erstens durch Bodenenteignung, zweitens durch Unterbringung in andere Stellen, drittens durch Geldabfertigung, viertens durch Pensionen. Bis Ende 1923 wurden 7783 Angestellte mit einem Gesamtumfang von 16 434 050 Kronen „sichergestellt“, und zwar durch Bodenüberlassung 14,7 Prozent, durch Erbschaften 44,1 Prozent, durch Abfertigung 2,9 Prozent und durch Entschädigungen 35,7 Prozent. Wie diese Entschädigungen, Abfertigung u. s. w. beschaffen sind, geht aus den vielfachen Schilderungen der Entlassenen selbst hervor, die in diesen Geldengaben lediglich ein Taschengeld haben, nie aber damit ihren Unterhalt fristen können. Der amtliche Bericht sagt, daß in diesem Jahre die Verteilung an Ackerboden im wesentlichen gesteigertem Maße wird erfolgen können, nachdem die Zahl der Beamten der dem Bodenamt unterstellten Distrikts-

ämter und Kommissariate bedeutend vermehrt wurde. Von den in nächster Zeit zur Verteilung gelangenden 250 000 Hektar beschlagnahmten Bodens sollen in diesem Jahre 180 000 gegen 104 000 im Vorjahre aufgeteilt werden. Die Hälfte der beschlagnahmten landwirtschaftlichen Fläche hat bereits ihren Eigentümer gegen ihren Willen gewechselt.

Das Bodenamt hatte ein verhältnismäßig leichtes Spiel bei der Beschlagnahme, da die meisten Großgrundbesitzer sich zufolge der gesunkenen Rentabilität der Land- und Forstwirtschaft sowie der ungeheuerlichen Belastung durch die Vermögensabgabe und durch den Besitz uneingelöster Kriegsanleihe in katastrophaler, finanzieller Lage befanden. Durch diese Umstände gezwungen, war der Großgrundbesitzer geneigt, im Vorhinein einen Teil des Besitzes abzutreten, um sich zu entlasten, weshalb die Zahl der sogenannten freiwilligen Abtretungsabkommen sehr groß ist. Wo aber der Eigentümer sich nicht dazu berufen wollte, fand das Bodenamt: „Und folgst du nicht willig, so brauch ich Gewalt“, vollstänbliche Anwendung, denn dem Staate sind durch die drakonischen Bodengesetze Mittel anhand gegeben, die mit Moral und Recht nicht mehr zu tun haben. So kann er mit minimalen gesetzlichen Entschädigungen, mit geringfügigen unfindbaren Guthaben einschreiten. Doch der Staat die Bodenenteignung nach dazu denkt, um große Zwischengewinne einzuflecken, klingt fast unglaublich und doch ist es Tatsache. Hierfür nur ein Beispiel: Die Herrschaft Schläuere erhielt für den Staat enteigneten Boden 2000 Kronen, der jedoch mit 5000 Kronen an den Bodenbewerber abgegeben wurde. Viele Fälle soll es geben, wo die Spannung eine noch größere ist, wenn auch davon Regien und Abfindungen in Abzug kommen, so bleibt immerhin noch für den Staat ein kleiner Gewinn übrig. Es kann die Tatsache auch nicht geleugnet werden, daß die Bodenbewerber nicht immer vorzüglich gekauft haben, im Gegenteil, im freien Kaufe in den meisten Fällen besser gefahren wurden. Viele Fälle gibt es auch, wo der Boden einfach „übernommen“ wurde, ohne daß hierfür ein Preis und die Art der Zahlung vereinbart worden wäre. Tatsächlich blieb auch bisher jedwede Vergütung für diesen Boden aus, man mußte mit Zug und Recht wohl von einem Raub sprechen kann.

Es muß sonderbar anmuten, daß das Bodenamt bis zur Stunde noch keine Rechnung gestellt hat. Es liegen lediglich die vorerwähnten Zahlen der Gesamtfläche vor, nicht aber das finanzielle Ergebnis, geschweige denn eine wissenschaftliche Studie über den volkswirtschaftlichen Wert der bisherigen Enteignungen auf Grund der damit gemachten Erfahrungen. 8 Milliarden Reichsmark betrug bereits der Wert der beschlagnahmten Fläche, also ein volkswirtschaftlicher Faktor, der erster Bedeutung wert wäre, aber dennoch vollständig „in camera caritatis“ ohne jegliche Kontrolle, wie es der Präsident der Repu-

lik selbst offen erklärt hat, was dem Bodenamt umso leichter fällt, nachdem es bisher noch keine Anzeichen in seine Reichen aufgenommen hat und selbst unter den Gleichgesinnten sich nur wieder die „Lieblinge“ finden, die dafür alljährlich 84 Millionen Kronen einbringen. Es besteht wohl eine Verbindung mit dem Parlamente, die jedoch noch aus den Mitgliedern des 1920 bereits aufgelösten Revolutionsparlamentes besteht. Trotz Ablauf der gesetzlichen Funktionsdauer im Jahre 1922 fanden bis jetzt noch keine Neuwahlen statt. Alle, die da glauben, mit Interventionen oder dergleichen diesen für eine Demokratie unzulässigen Zustand zu beseitigen, laufen vergebend Sturm.

Ein bereits vom Präsidenten Masaryk gerichteter Nebelhauch, ja Widerstand des Gesetzes ist es, für die Enteignung den Wert des Bodens im Jahre 1914 in Rechnung zu ziehen, während die Vermögensabgabe auf dem Werte von 1919 basiert und die enteigneten Gründe mit einemmal. Wenn auch unwirksam die Vermögensabgabe und die Vermögensabgabe für die enteignete Fläche nur auf den Enteignungswert eingeleitet werden, so bleiben trotzdem alle Lasten, wie Patronatspflichten, zur Hälfte dem Großgrundbesitzer vorbehalten. Das Finanzministerium, dessen Interesse dem des Bodenamtes entgegensteht, sträubt sich, die ungeheuren Abgaben des Großgrundbesitzes in Form von Immobilien anzunehmen, obwohl dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen die einzige Möglichkeit bietet, daß sich der Großgrundbesitzer entlastet bzw. seinen Verpflichtungen dem Staate gegenüber nachkommt, der durch die vielfach geradezu willkürliche Enteignung seine Existenz bedroht sieht. Einen Vorteil haben bisher aus der Enteignung nur die neuen Besitzer erlangt, während die Stadt- und Industriebevölkerung nur schwere Nachteile zu verzeichnen hat, da eine intensive Verwirklichung der Kleinbetriebe bisher nicht erzielt werden konnte. Aber auch die agrarischen Subventionen haben unter der Auswirkung der Bodenreform immer zu sinken und der Staat kann bereits einen großen Fehlbetrag an Steuern verzeichnen. Aber auch die Abgabe der veräußerten Positionen nehmen in erschreckendem Maße zu und indirekt das Staatsdefizit nicht unmerklich beeinflusst. Von der Produktivität des Bodengesetzes sind sich heute schon zahlreiche, selbst tschechische Parteien bewußt und wird der Widerstand gegen das Bodenamt selbst seitens des Finanzministeriums immer stärker. Doch dieser Einsicht muß ein „Au — spät“ angeschlossen werden, denn viel ideale und materielle Güte sind unersetzlich verloren gegangen. Einer gefunden und maßvollen Bodenreform wird sich gewiß niemand verschließen. Auch der Großgrundbesitzer, der sich in der Tschechoslowakei freiwillig erbot, einen Teil abzutreten. Was aber in der Tschechoslowakei unter diesem Namen getrieben wird, kann in keiner Hinsicht Gerechtfertigung finden, sondern muß als ein Akt milder Moral und Recht bewertet werden.

Sanktionierter Diebstahl oder Gerechtigkeit?

Grundriss zum Aufwertungsproblem

1.

Die Inflation und der durch sie verursachte Zusammenbruch unserer Währung ist zum schwersten Unrecht an deutschen Völkern geworden. Nach der erzwungenen Konfiskation — die hoffentlich bald in eine endgültige überführt werden wird, — treten die Trümmer und Trümmen umso grauenvoller an, die die Verdrängung der Inflation geschaffen hat. Nicht nur unzählige Privatleute, sondern auch zahlreiche juristische Personen sind um ihren einzigen Besitz gekommen. Unsere große wirtschaftliche Not beruht im allgemeinen nicht auf einer Verdrängung wirtschaftlicher Werte — das deutsche Volk hätte wahrlich Kraft und Mut genug, die schwersten wirtschaftlichen Verluste mit Würde zu tragen — denn trotz aller feindlichen Versuche und aller wirtschaftlichen Desorganisation sind unsere wirtschaftlichen Werte im allgemeinen in ihrer Substanz erhalten geblieben, mögen sie auch heute zum großen Teil brach liegen und die deutsche Volkswirtschaft zur Lebensunfähigkeit verdammt sein. Von viel größerer Tragweite ist vielmehr die Tatsache, daß im deutschen Wirtschaftsleben eine Umwertung aller Werte vor sich gegangen ist. Die Willen hat der Staat auf wirtschaftlich-rechtlichen Gebieten ein Chaos geschaffen, das beispiellos in der Geschichte dasteht. Die Inflation hat zwar keine wirtschaftlichen Werte vom Erdboden verschwinden gemacht. Ihr ganzes Verhängnis hat sich aber auf rechtlichen Gebieten ausgewirkt. Die schwebenden Kreditverträge sind zum weitaus größten Teil mit dem Zusammenbruch der alten Währung vernichtet worden.

Mit beispielloser Konsequenz hat die Inflation jenes keine komplizierte Gewebe von langfristigen Schuldverträgen zerstört, das eine Hauptgrundlage der Eigentumsordnung in der modernen Kaufmannschaft bildet. Wohl hat dem Staat die Abhilfe einer derartigen Vermögensentwertung weiterer Vorkäuflichkeiten und einer derartigen Vermögensentwertung ferngehalten. Die Tatsache aber läßt sich nicht weglassen, daß viele Kreise, und wahrlich nicht die schlechtesten, bitteren Unrecht erlitten haben, weil sie mit ihren größtenteils bestehenden Kreditverträgen auf den Staat als den Schlichter von Recht und Gerechtigkeit vertrauten. Man hat das Geld guttun als ein Recht bezeichnet; das deutsche Geld ist zu einem bitteren Unrecht geworden!

Ist dieses schwere Unrecht überhaupt wieder gut zu machen? Ist die grundsätzliche Frage, die heute die breitere Öffentlichkeit bewegt und die man schließlich als „Aufwertungsfrage“ bezeichnet. Die sogenannte Depo-

sitenaufwertung ist nur ein Teil des Schuldverwertungsproblems überhaupt, was schon daraus erhellt, daß A. ein großer Teil der Sparanlagen der öffentlichen Sparkassen, die alle die Sparfremde der breiten Massen bedeuten, als hypothekarische Darlehen auf dem Kapitalmarkt in Verdrängung getreten sind. Nun zu dem vielumstrittenen Problem, das man verdrängend schon für unlösbar gehalten hat, die richtige Einstellung zu gewinnen, ist es notwendig, von der allgemeinsten Grundlage aller wirtschaftlichen Schuldverordnungen auszugehen.

Wie konnte es überhaupt zu einer derartigen Verdrängung der Begriffe von Recht und Unrecht und von Geld und Wert kommen? Die äußere Ursache ist zweifellos die Geldentwertung, deren komplizierte Ursachenzusammenhänge hier freilich außer acht bleiben müssen. Sie geht letzten Endes zurück auf das Währungschaos vom 1. August 1914, das die Fiktion der Reichsbank als Einlösung ihrer Banknoten in Gold aufhob, und letztere durch Verteilung des Zwangsausweises zum gesetzlichen Zahlungsmittel machte. Auf das Schuldverhältnis aber hätte dieses Währungschaos und die daraus resultierende Geldentwertung nicht von so großem Verhängnis werden können, weil man alle diese Wertverhältnisse auf der Basis der Goldwährung entworfen hatte. Von größerem Verhängnis ist hier die unüberwindliche Bundesratsbeschlusnahme vom 28. September 1914 geworden, die bestimmt, daß die vor dem 31. Juli 1914 getroffenen Vereinbarungen, nach denen eine Zahlung in Gold zu erfolgen hat (sogen. Goldklausel), „bis auf weiteres“ nicht verbindlich seien. Diese Aufhebung der Goldklausel hat erst der Entwertungs der Schuldverhältnisse Tür und Tor geöffnet, dadurch, daß sie das Schicksal der Schuldverhältnisse mit dem Schicksal der Papiermark auf Gold und Silber verknüpfte. In der Praxis hat die Aufhebung dieser schwerwiegenden Maßnahme hatte man damals ausgesprochen, daß zu einer Zeit, zu der die Reichsbank die Entwertung ihrer Geldnoten gegen Gold verweigerte, während der Verdrängung der Vollwertigkeit der Noten anerkennend, die vorübergehende Aufhebung der Goldklausel geboten sei, damit der Schuldner gegen unwürdige Ausnutzung der Geldentwertung geschützt werde, daß die Aufhebung der Goldklausel aber auch unendlich sei, weil sie den Gläubiger in seiner Weisheit herabschaltete. Wie wollen heute nicht darüber richten, daß diese Begründung furchtbar unsinnig gewesen ist, denn erst die letzten Jahre haben uns einen wahrhaftigtheoretischen Aufstufungsunterricht erteilt, von dem man 1914 noch nichts ahnen konnte. Soviel steht aber fest, daß ein Verhängnis war, in dieser Weise in das freie Vertrags-

Die Scholle

Roman von Georg Julius Petersen.

(38. Fortsetzung.)

Also morgen war Hochzeit auf der Wölke... Die Wölke wachte trotz der Verhöhnung des Vaters bitter und offenkundig des eigenen Dergens Wölke. Warum wohl Wölke nicht davon geschrieen hatte? ... Wölke sie dem fernen Geliebten nicht weihen? Hoffte sie ihm so vor, denn ihr Brief prägte eine unbegrenzte Liebe aus. Und was sie an praktischen und nachdrücklichen Dingen zum Weihnachtsfest geschickt hatte, konnte der Mädchenart, daß die Liebe durch den Wagen gehe, starke Verweiskraft geben. Im Augenblick fehlte dem Nachdenklichen die Lust, die gewöhnlichen Pakete zu öffnen.

Von Gottfried war nichts gekommen. — Es herrschte eine bewogene Stimmung in dem engen, düsternen Raum. Es wurde geschmaut, gelacht, gekichert und mußte. Aber aus dem Lachen und Scherzen löste sich hier und da ein sehnachtsvoller Laut los, ein verhaltenes Klagen, und die Mundharmonika, diese Orgel des Stollens, zauberte ein Weihnachtslied hervor. Nahe Reilen begleiteten es, während die Gedanken eigene Wege gingen.

Wölke hatte sich auf sein Lager gelegt, er beteiligte sich an nichts. Christian Hoffte mit ihm, er hätte ihm gern etwas abgehört, aber die Ablehnung, die andere vorher erfahren hatten, hinderte ihn daran, einen ähnlichen Versuch der Annäherung zu machen.

Nach und nach wurde es still, von der einen oder anderen Lagerstube wurde schon ein Schnarchen laut. Schließlich sah Christian Hoffte nur noch allein unter dem trüben brennenden Licht einer Kerze und das zum so und so vielen Male die Wölke aus der Heimat. Unter Friedrichs Brief löste ein halbes Lächeln aus den ersten Klagen, und dann ging der Einsame daran, die beiden letzten Pakete von ihrer Umhüllung zu befreien. Das eine gehörte noch zu der Serie seiner Briefe, das andere war von den Eltern. Er öffnete das letztere zuerst. Es war ein flacher, ziemlich großer Kasten. Oben lagen Dinge, von denen er schon im Lieberflut empfangen hatte. Aber was war das? ... Ein leichtes Stuhl, in Seidenpapier gehüllt. Mit einem Zettel ver-

sehen, auf dem in der charakteristischen Handschrift seines Schwagers Prager stand: „Deine Heimat, Franz.“ Und dann freilich Christian das Papier ab. Seine Augen wurden groß, während sich aus der Brust ein dumpfer Laut Bahn brach.

Da lag, von Stillschlagend festgehalten, das vor ihm, wozu sein Herz sich verzehrte und was er ausweisen in seltsamen Visionen vor sich sah: die Wölke. Die brennenden Augen wollten sich über in das Bild hineinbeugen, jede Feder, jeder Winkel des alten Knochens wurden, soweit sie sichtbar waren, mit feierlichen Augen studiert. Christian Hoffte legte das kostbare, löbliche Geschenk wieder in den Kasten und erlitt dann alle Schmerzen des Heimwehs. Er wollte hinausgehen, um frische Luft zu atmen und anzusehen der ewigen Gestrirne seine und der Menschheit Freiheit und Bedeutungslosigkeit zu erkennen.

Er war schon oben am Stollenausgang, als er wieder umkehrte. Es war Mondschein draußen, vielleicht machte sich das Bild in der fahlen Beleuchtung noch eigenartiger und schöner. Das war die Begründung, die der junge Mann sich selber gab, als er das Bild an sich nahm und hinausging.

Er schritt an dem Grabenpfosten vorbei, mit dem er einige Worte wechselte, und suchte dann einen Winkel auf, der ihm schon einmal als Ruheplatz gedient hatte. Es war eine — jetzt schon etwas verfallene — Schließkiste in einem toten Graben. Sogar eine kleine Bank und ein Tischchen standen noch darin.

Ja, die Erwartung trug nicht: in dem matten, gelblichen Licht des Mondes strahlte das Bild noch einen ganz anderen Zauber aus. So, genau so sah die Wölke aus, wenn sie vom Mondlicht umflossen in schwebenden Sommernächten dasag, wie träumend von alten Zeiten. Wie schön hatte Prager diese Entdeckung getroffen, wie liebevoll war er bei seinem Weihnachts-Geschenk, an den Gefühlen gemessen, die es in dem Besonderen auslöste. Christian Hoffte erwarb allen Grund, das Bild schon morgen wieder zu verpacken und es heimzuführen; es gab Dinge, die man nicht ungerecht betrachten durfte. Aber dann verwarf er den Gedanken wieder: vielleicht leiste sich mit der Zeit der bittere Schmerz, und das Bild würde trübend und ermüdend auf ihn, weil es ihm die Heimat, die sonst den Gedanken als Spielball diente, so sinnfällig vorzauberte.

So sah er, völlig weltvergessen, in seinem Winkel zwischen Kreuze und Lehnwänden und verlebte, halb auf der Erde, halb dort oben bei den schwebenden Gestirnen, die Christnacht...

Er mußte nicht, wie lange er schon geistlich hatte. Aber plötzlich fuhr er zusammen: hinter ihm bewachte sich etwas. Er war nicht furchtsam von Natur, im Augenblick aber schreckte er, wie er zitterte; er schloß sich aus einem seligen Traum gerissen. Er wandte den Kopf, um erkannt zu sehen, wie eine seltsame Gestalt sich wieder durch den engen Zugang entsetzte.

„Hast du?“ rief Christian Hoffte halblaut. „Prag bist du?“

„Ja. Aber ich sehe schon wieder.“

Christian sprang von seinem Sitz auf.

„Bleib!“ gebot er, und der Berliner mochte tatsächlich lehren und trat aus dem Gang in den kleinen, bierartigen Raum. Er machte aber einen so verlesenen Eindruck, daß Christian Hoffte unwillkürlich fragte:

„Was hast du, Prag?“

„Ja. Nichts. Aber du hast ja und lebst deine Leben in Stollen weg. Wenn mal verdrängten ist, best du der Prag hat's gefehlt.“

„Bist du gekommen, um mir das zu sagen, Prag?“

„Wenn du nicht dagegen bist.“

Christian Hoffte mochte nicht, wie er das veränderte Gesicht Prags deuten sollte. Ihm kam das Wort von der Entschädigung, die der Aufstufung vorausgeht und dadurch die eigene Täterschaft verrät, ins Gedächtnis; aber nein, man konnte dem Berliner dieses nachsagen, einen Diebstahl nicht. Und weil er sichtbar Angst hatte, in einen schließlichen Verdräng zu kommen, wenn von den Schänden des Aufwertungsproblems verdrängt sollte, so sprach das zu seinen Gunsten und ließ ihn zarter von Charakter erscheinen, als er sich im Umgang gab.

Diese Erkenntnis stimmte Christian froh. Er, der in den Menschen gern das Gute sah, freute sich, ein verändertes Gesicht zu sehen. In dieser Stunde löste diese Wahrnehmung doppelte Freude in ihm aus. Denn nun konnte er es wagen, dem armen, verdrängten Kameraden von seinen Weihnachts-Geschenken anzubieten, ohne befürchten zu müssen, sich einen Sturz zu holen.

(Fortsetzung folgt.)